

Der deutsche Widerstand und der 20. Juli 1944

Von Karl Dietrich Erdmann

... Widerstand, Spionage und Landesverrat gingen in einer linkssozialistischen Widerstandsgruppe ineinander über, die sich um Arvid Harnack, einen Neffen des großen Theologen, und den aus der Familie Tirpitz stammenden Harro Schulze-Boysen gebildet hatte. Dieser war Oberleutnant im Luftfahrtministerium, jener Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium. Der Kreis reichte in das Oberkommando der Wehrmacht und in das Auswärtige Amt hinein. Künstler, Intellektuelle, von Hause aus konservativ Gesonnene ebenso wie überzeugte Kommunisten gehörten ihm an. Ein Teil des Kreises stand in regelmäßiger Nachrichtenverbindung mit der Sowjetunion. Es wäre nicht richtig, den gesamten Kreis als kommunistisch zu bezeichnen, obwohl seine geistigen Führer die zukünftige Gestaltung der deutschen Verhältnisse in enger Anlehnung an die Sowjetunion suchten. Dieser Kreis und der mit ihm verbundene Spionagering, gemeinsam von der NS-Justiz als Rote Kapelle bezeichnet, wurden im August 1942 ausgehoben. Ein Kriegsgerechtsprozeß führte zu zahlreichen Hinrichtungen . . .

Zwischen Sozialisten und Kommunisten hatte in der Weimarer Zeit erbitterte Feindschaft bestanden. Entgegen der emigrierten sozialistischen Parteileitung versuchte unter den in Deutschland verbliebenen Sozialisten die Gruppe der sogenannten Neubeginner unter Abkehr von der bisherigen Linie der Partei eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Der Hitler-Stalin-Pakt und das zeitweilige Ausscheren der deutschen Kommunisten aus der Opposition ließen aber den Unterschied zwischen ihnen und dem demokratischen Sozialismus wieder schärfer hervortreten. Nach der Aushebung der Schulze-Boysen-Gruppe hat aber eine gewisse Bereitschaft von Kommunisten zur Zusammenarbeit mit anderen Widerstandselementen einige der führenden Sozialisten veranlaßt, sich für Kontakte zur Verfügung zu stellen. Diese Gespräche gelangten zur Kenntnis der Polizei. Der Pädagoge Adolf Reichwein und Julius Leber, zwei der aktivsten Köpfe der Sozialisten, wurden im Juni 1944 zusammen mit zahlreichen Kommunisten verhaftet und später hingerichtet. Es ist für den sozialdemokratischen Widerstand im Unterschied zum kommunistischen kennzeichnend, daß sich Angehörige der ehemaligen SPD und der Gewerkschaften an den notwendigerweise auf kleinere Kreise beschränkten Vorbereitungen zur Beseitigung Hitlers durch Staatsstreich beteiligt haben, daß aber andererseits an der Basis keine konspirativ-propagandistische Aktivität in der Breite und Beharrlichkeit entwickelt worden ist, wie es im kommunistischen Widerstand geschah. Die Sozialdemokratie blieb aber in zahlreichen kleinen Zirkeln als Gesinnungsgemeinschaft erhalten. An diesen nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches noch vorhandenen Personenbestand konnte die Wiederbegründung der SPD nach dem Kriege anknüpfen.

Reichwein und Leber gehörten zu einem Kreis, den Graf Helmuth James v. Moltke, ein Urgroßneffe des Siegers von Königgrätz und Sedan, auf seinem schlesischen Gut Kreisau versammelte. Hier trafen sich Männer der verschiedensten politischen und geistigen Herkunft, Adlige und Arbeiterführer, Bürger und Geistliche der beiden Konfessionen. Sie betrieben nicht eine aktive Politik des Umsturzes, obwohl sie zuletzt von dessen Notwendigkeit überzeugt waren und sich bereit zeigten, mit der Attentatsgruppe zusammenzugehen. Der Kreisauer Kreis beschäftigte sich mit der Frage der kommenden Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem erwarteten Zusammenbruch und strebte politisch über die Demokratie der Weimarer Republik hinaus, indem er anstelle von Volkssouveränität und direkten Parlamentswahlen einen von unten nach oben gegliederten Staatsaufbau setzen wollte. Unmittelbare Wahlen sollten nur in dem überschaubaren Kreis der Kommunalvertretungen stattfinden und hieraus in Stufenfolge die Länderparlamente und die Reichsvertretung hervorgehen. Die Wirtschafts- und Sozialideen der Kreisauer zeigten einen Einschlag sozialistischer Gedanken, ohne daß ein genau umrissenes Programm formuliert worden wäre. Die Bedeutung des Kreises liegt auch nicht in diesem Programm, sondern in dem Ausgangspunkt: Man war gewillt, über alte Gegensätze zwischen Konservativ und Bürgerlich und Sozialistisch, die das Leben der Weimarer Republik gelähmt hatten, hinwegzukommen, indem man gemeinsam eine Staatsidee geltend machte, die von dem Gedanken des Rechtes und der Würde des Menschen bestimmt war. Bei allen Angehörigen des Kreisauer Kreises ist hierbei das religiöse Motiv eine tragende Kraft gewesen.

Die politischen Widerstandskräfte, die auf den Staatsstreich hindrängten, fanden ihren Mittelpunkt in Carl Goerdeler, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Königsberg und Leipzig und zeitweiligen Preiskommissar unter Hitler. Er hatte sein kommunales Amt aus Protest gegen die Entfernung des Mendelssohn-Denkmal aus Leipzig niedergelegt. Von starkem Optimismus erfüllt, der immer wieder über taktische Bedenken der Mitverschworenen hinweg zum Handeln drängte, als erfahrener Kommunalpolitiker in seinen Plänen auf das Naheliegende und Praktische gerichtet, war er mit den starken sittlichen Impulsen, aus denen seine Haltung entsprang, die zentrale politische Kraft des Widerstandes. Seine Vorstellungen über den zukünftigen deutschen Verfassungsaufbau stimmten mit denen der Kreisauer grundsätzlich überein, wenn auch bei ihm der Gedanke der zentralen Staatsgewalt stärker betont war als bei jenen und wenn er auch als Staatsoberhaupt sich einen Generalstatthalter bzw. Monarchen dachte. Der Reichskanzler sollte von diesem ernannt werden, aber der Reichstag das Recht erhalten, die Regierung durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abzulösen. Auch in der sozialen Gesinnung unterschied Goerdeler sich im Grunde nicht von den Kreisauern. Deutlich greifbar ist eigentlich nur seine andersartige Auffassung in der Wirtschaftspolitik. Goerdeler lehnte das Kreisauer Sozialisierungsprogramm für die Schlüsselindustrien ebenso ab wie deren planwirtschaftliche Vorstellungen, wollte aber die Macht der Gewerkschaften stärken. Er stimmte mit Leuschner in der Vorstellung überein, daß anstelle der früheren Richtungsgewerkschaften eine Einheitsgewerkschaft treten solle.

Hervorragende politische Köpfe des Widerstandes waren neben Goerdeler der preußische Finanzminister Popitz und der 1937 von seinem Posten abberufene deutsche Botschafter in Rom, Ulrich v. Hassell. Allerdings unterschieden sich ihre

politischen Zielvorstellungen wesentlich von denen Goerdelers und des Kreisauer Kreises. Ihr Verfassungsbild war von der Vorstellung eines autoritären Staates ohne parlamentarische Kontrolle bestimmt, wenn auch rechtsstaatliche Freiheitsgarantien für den einzelnen und nicht näher bestimmte politische Mitwirkungsrechte für das Volk vorgesehen waren. Beide waren von tiefstem Mißtrauen gegen die Generäle erfüllt und glaubten nicht, daß der von Goerdeler verfolgte Weg über einen militärischen Coup zum Erfolg führen würde. Popitz suchte den Ansatzpunkt für den Sturz des Regimes vielmehr in dessen eigenen inneren Spannungen. Er rechnete mit dem Ehrgeiz Himmlers und mit dessen Wunsch, sich aus dem sinkenden Schiff zu retten. Im August 1943 hatte er eine Unterredung mit dem zum Innenminister emporgestiegenen Führer der SS über die Möglichkeit, die Macht Hitlers zu begrenzen. Daß diese Spekulationen eine reale Basis hatten, zeigt das spätere Verhalten Himmlers: den nach seiner Verurteilung auf die Hinrichtung wartenden Goerdeler ließ er politische Denkschriften ausarbeiten, und in der allerletzten Kriegsphase versuchte er den Absprung.

Bedeutungsvoll für die politische Konstellation des Widerstandes war es, daß zur Gruppe um Goerdeler auch führende Gewerkschaftler gehörten wie Wilhelm Leuschner, der frühere hessische Innenminister und Mitglied des Vorstandes des ADGB, Jakob Kaiser, der Führer der christlichen Gewerkschaften, und Max Habermann, Sekretär des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Von den Sozialisten des aktiven Verschwörerkreises sind Carlo Mierendorff und Theodor Haubach zu nennen und schließlich auch Julius Leber. Diese Verschwörergruppe und der Kreisauer Kreis überschnitten sich. An dem breiten Aufbau des Widerstandskreises um Goerdeler aus Kräften der verschiedensten Herkunft und an der Kommunikation zwischen diesen hatten der Reichsgerichtsrat Dohnányi und Oberstleutnant Oster entscheidenden Anteil, die beide in der militärischen Abwehr tätig waren und hier einen organisatorischen Mittelpunkt für den Widerstand schufen. Admiral Canaris, der Chef der Abwehr, schirmte die Widerstandstätigkeit seiner Mitarbeiter ab. In Zusammenarbeit mit der Widerstandstätigkeit der Abwehr übernahm Informationsaufträge zu den Kirchen in der Schweiz, Skandinavien und England der Schwager Dohnányis Dietrich Bonhoeffer. Mitstreiter der Bekennenden Kirche, als Seminarleiter in der Ausbildung von deren Pfarrernachwuchs und in der ökumenischen Bewegung tätig, hat er in einer herausfordernden Theologie der »Nachfolge« Wege zur Realisierung des Christseins gesucht. Er gelangte in deren Konsequenz über die Beschränkung der christlichen Existenzbehauptung im innerkirchlichen Bereich hinaus als »Zeitgenosse« zum politischen Widerstand – »Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen« – und zur aktiven Teilnahme an der Verschwörung und zur theologischen Billigung von deren Ziel, Hitler zu beseitigen. Auch in der Polizeiführung hatte der Widerstand Anhänger. Zu den aktiven Gegnern des Regimes gehörten der bei der Geheimen Staatspolizei tätige Regierungsrat Gisevius und neben ihm der Abteilungsleiter im Reichssicherheitshauptamt Nebe sowie der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorf, beide anfangs überzeugte Nationalsozialisten.

Enge Verbindungen bestanden zwischen dem Widerstand und einem Kreis oppositioneller Diplomaten im Auswärtigen Amt, wie den Brüdern Erich und Theodor Kordt, Hans Bernd v. Haeften und Adam v. Trott zu Solz. Staatssekretär v. Weizsäcker stand hinter ihnen, förderte ihre Bestrebungen und ließ ihnen freie Hand.

Es ist den Bemühungen des Weizsäcker-Kreises allerdings ebensowenig gelungen wie dem Kreis um Canaris, vom Ausland her irgendeine klare Ermutigung für die Gegner Hitlers zu erlangen. Die auf verschiedenen Wegen nach England und Amerika übermittelten Nachrichten über das Vorhandensein und die Pläne des Widerstandes fanden in London und Washington im Winter 1939/40 eine gewisse Aufmerksamkeit, im weiteren Verlauf des Krieges aber keine Resonanz mehr. Die starre Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation wurde auch nicht gelockert für den Fall, daß in Deutschland die Opposition zum Zuge käme. Immerhin gelang es dem durch Bonhoeffer bei einer Begegnung in Stockholm über Namen und Absichten des Widerstandes unterrichteten Bischof Bell von Chichester nach zähen Bemühungen um den britischen Außenminister Eden, die englische Regierung zu der im Oberhaus am 10. März 1943 abgegebenen Erklärung zu veranlassen, sie stimme mit Stalin darin überein, daß das Ziel des Krieges die Zerstörung des Hitlerstaates, aber nicht die Vernichtung des deutschen Volkes sei. Diese Formel war jeder Auslegung zugänglich. Auf einem anderen Blatt steht, ob man es nicht, wenn ein Staatsstreich tatsächlich geglückt und das nationalsozialistische Regime aus eigener Kraft des deutschen Volkes gestürzt worden wäre, erreicht hätte, die harte Forderung der bedingungslosen Kapitulation zu mildern, und ob nicht selbst bei bedingungsloser Kapitulation in diesem Fall Deutschland anders aus dem Krieg herausgekommen wäre, als es tatsächlich geschah. Die letzte Entschlossenheit zum Widerstand beruhte jedoch auf Gründen, die nicht durch Fragen der politischen Zweckmäßigkeit des Unternehmens widerlegt werden konnten. So sagte Hans Henning v. Tresckow, erster Generalstabs-offizier der Heeresgruppe Mitte, zuletzt Chef des Stabes der 2. Armee, im Sommer 1944: »Das Attentat [auf Hitler] muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.«

Die aktive Spitze des Widerstandes konnte nur in der Wehrmacht gefunden werden. Unter den Bedingungen des totalen Staates wäre es, ganz abgesehen von den Spannungen der verschiedenen Widerstandsgruppen zueinander, trotz der großen Zahl von Deutschen, die in den verschiedensten Formen in Opposition standen, unmöglich gewesen, eine revolutionäre Massenbewegung zu organisieren. Um die Situation der Widerstandskräfte im Offizierskorps in ihren großen Schwierigkeiten zu würdigen, ist zu bedenken, daß jede Rebellion gegen das Staatsoberhaupt der Tradition des Offiziers widersprach, sosehr sich die älteren unter ihnen auch des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen ihrer Ehrauffassung und dem Nationalsozialismus bewußt waren. Das jüngere Offizierskorps aber, das zum Teil stärker vom Nationalsozialismus ergriffen worden war, wäre mit geringen Ausnahmen für den Gedanken eines Staatsstreiches nicht zu gewinnen gewesen. Dazu kam, nachdem Deutschland nun einmal in einem Kampf auf Leben und Tod stand, der unauflösbare Pflichtenkonflikt, auch für denjenigen, der von Hause aus ein Gegner des Regimes war. Was es für einen Offizier bedeutete, im Kriege sich an einem Attentat gegen den obersten Befehlshaber zu beteiligen, mag aus einem Worte des Generaloberst Beck deutlich werden, der noch in der Fritsch-Krise dem ungeduldigen Halder erklärte, daß

Meuterei und Revolution Worte seien, die es im Lexikon eines deutschen Soldaten nicht gebe.

Der Nachfolger Becks im Generalstab, Generaloberst Halder, hat wie in der Sudetenkrise so auch zu Beginn des Krieges versucht, den Staatsstreich durchzuführen. Wahrscheinlich wegen der plötzlichen Rückgängigmachung des ersten Angriffsbefehls ist aber der alte Plan, Hitler festzunehmen, bei Ausbruch des Polenkrieges nicht durchgeführt worden. Halder betrieb dann den gleichen Plan in den Monaten nach dem Polenfeldzug, als das Heer defensiv im Westen stand und nun in Hitler, entgegen dem militärischen Rat Brauchitschs und Halders, der Entschluß reifte, Frankreich unter Verletzung der belgischen und holländischen Neutralität anzugreifen. Neben den militärischen Bedenken vor den unabsehbaren Konsequenzen, die auf lange Sicht die Entfesselung des wirklichen Krieges im Westen haben mußte, ist bei beiden die innere Empörung sichtbar über den Wortbruch Hitlers, der eben erst Holland und Belgien seiner friedlichen Absichten versichert hatte. Beck drängte entschieden zur Aktion und war bereit, sich zur Verfügung zu stellen. Eine Schlüsselfigur in den damaligen Vorbereitungen zu einem Schlag gegen Hitler war Major Groscurth, Chef der Sabotageabteilung in der Abwehr unter Canaris, dann ins OKW versetzt, um dort eine Widerstandsgruppe aufzubauen. Sein privates Tagebuch gehört zu den großen menschlichen Zeugnissen des Widerstandes. Dieser preußisch und christlich gesonnene Offizier war zutiefst getroffen durch die Nachrichten von den im besetzten polnischen Gebiet durch die Einsatzgruppen begangenen Greuel. Das bestimmende Handlungsmotiv seines Widerstandes war eine elementare Auflehnung gegen die Verbrechen des Regimes. Daß es auch damals bei bloßen Planungen blieb, erklärte sich aus einem doppelten Grunde: Von den Oberbefehlshabern der drei Heeresgruppen im Westen war nur Ritter v. Leeb für ein Handeln zu gewinnen, während Rundstedt und Bock ablehnten. Die starke Natur in der Heeresgruppe v. Rundstedt war Generalstabschef v. Manstein, dessen von Rundstedt geförderte und von Hitler schließlich gebilligte operative Ideen zur großen, entscheidungsuchenden Schlacht im Westen drängten. Der zweite Grund für das Unterbleiben des Staatsstreiches ist wohl darin zu sehen, daß die über die Schweiz und den Vatikan geführten Sondierungen in England über die Möglichkeit eines Remis-Friedens zu keiner befriedigenden Antwort führten. Auch war Halder der Meinung, daß die Masse der Soldaten und jungen Offiziere noch ganz hinter Hitler stünde und daß erst ein militärischer Rückschlag die Voraussetzung für einen Staatsstreich schaffen könne. Alles militärisch Denkbare zu tun, um einen Rückschlag zu vermeiden, war aber die Pflicht des Generalstabschefs, der seinem Amt mit vollkommener Hingabe diene. Aus diesem Zwiespalt erklärt sich, daß er nicht den Absprung zur entschiedenen Aktion fand. Der Oberbefehlshaber des Heeres v. Brauchitsch, ohne dessen Zustimmung ein breitangelegter Staatsstreichplan des Heeres nicht durchgeführt werden konnte, war Hitler gegenüber als Person innerlich unsicher und schwankend. Zudem hatten für ihn die Planungen der aktiven Widerstandsgruppe die Grenze des Vertretbaren überschritten. Die römisch-britischen Kontakte waren für ihn Landesverrat. »Wir stehen im Krieg«, so erklärte er gegenüber Halder; »daß man im Frieden mit einer ausländischen Macht Verbindungen anknüpft, darüber läßt sich reden. Im Krieg ist das für einen Soldaten unmöglich.« Daß jedoch für ein verschärftes Gewissen in der äußersten Grenzsituation der Existenz das, was im rechtlichen Sinne eindeutig

militärischer Landesverrat war, nicht als unmöglich, sondern geradezu als sittliche Pflicht erscheinen konnte, zeigt der Fall des Oberst Oster, der vor dem Angriff auf Dänemark und Norwegen und vor dem Westfeldzug den bedrohten Staaten Warnungen zukommen ließ.

Alle Pläne für einen Staatsstreich wurden nach dem großen Triumph des Westfeldzuges zunächst hinfällig. Erst nach der Wende des Kriegsglücks seit Stalingrad und El Alamein lebten sie wieder auf und wurden im Angesicht der herannahenden Katastrophe dringender. Mehrere Attentatsversuche einzelner Offiziere wurden seit 1943 geplant, aber schließlich doch nicht ausgeführt. Ein anderer Versuch scheiterte an der Tücke des Objekts: die von Schlabrendorff, einem Angehörigen des Stabes v. Tresckow bei der Heeresgruppe Mitte, in das Flugzeug Hitlers geschmuggelte Bombe entzündete sich nicht. Eine neue Lage für die Verschwörung entstand dadurch, daß mit Rommel ein populärer Truppenführer, der Kommandogewalt innehatte, für den Widerstand gewonnen wurde. Vor allem aber gewann der Widerstand in Oberst Claus Graf Schenk v. Stauffenberg einen von Schwung und Tatkraft erfüllten Geist, der die Zögernden mitriß. Er war eine ungewöhnliche Erscheinung im deutschen Offizierskorps. Er hatte zu dem Kreis um Stefan George gehört. Seiner ursprünglichen positiven Einstellung zur nationalen Erhebung des Jahres 1933 folgte schon vor dem Kriege eine Abkehr von Hitler und schließlich die entscheidende Wendung gegen ihn. Auch sein Protest gegen das Regime war im tiefsten Grunde nicht politisch motiviert, sondern erscheint als das bedingungslose Aufbegehren eines religiösen Gewissens gegen das Unmenschliche. Stauffenberg bereitete, in enger Verbindung zu Beck und Goerdeler stehend, das Attentat generalstabsmäßig vor. Die Verhaftung Reichweins und Lebers, durch die die ganze Verschwörung in Gefahr geraten konnte, löste den Entschluß zur Aktion aus. Stauffenberg übernahm die Doppelaufgabe, Hitler zu töten und den Ablauf des Staatsstreiches in Berlin zu leiten. Der Putsch scheiterte wiederum an einer unglücklichen Verkettung der Umstände. Die militärische Lagebesprechung im Führerhauptquartier am 20. Juli 1944, in welcher Stauffenberg seine Aktentasche mit dem Sprengstoff in der Nähe Hitlers deponierte, fand nicht wie erwartet im Bunker, sondern in einer Baracke statt. Die Explosion verpuffte, ohne Hitler ernstlich zu verwunden. Der Putsch in Berlin brach auf die Nachricht, daß Hitler lebe, in sich zusammen. Während die Aktion in Paris, vom Militärbefehlshaber Frankreich General v. Stülpnagel ausgelöst, planmäßig abrollte, waren in Berlin nicht alle Verschworenen von der klaren Entschlußkraft Stauffenbergs.

*

Das Scheitern des Putsches bedeutete für den Ablauf des Krieges, daß die Verantwortung des Nationalsozialismus für die Endkatastrophe durch keine zweite Dolchstoßlegende vernebelt werden konnte. Die Tatsache aber, daß der Putsch überhaupt unternommen wurde, obwohl im Grunde keine Hoffnung mehr bestand, hierdurch Deutschland vor dem militärischen Zusammenbruch retten zu können, gibt der ältesten und opferreichsten Widerstandsbewegung in Europa ihren historischen Rang. Es ist das Vermächtnis des 20. Juli, daß in der Auflehnung gegen die Gewalthaber die konservativen, bürgerlichen und sozialistischen Verschwörer ihr Leben opferten, um über die alten Gegensätze hinweg, an denen die Weimarer

Republik zugrunde gegangen war, in einer undogmatischen, neue Wege suchenden Staatsgesinnung in der politischen Ordnung den Maßstab der Menschenwürde wieder zur Geltung zu bringen.

Wie geht die Staatsgewalt vom Volke aus?

Kritische Anmerkungen zum gegenwärtigen Demokratieverständnis

Von Manfred Hättich

Die Fiktion der Volksherrschaft

Gegenwärtig nehmen wieder einmal größere Gruppen (im Ländervergleich in unterschiedlicher Intensität und Breite) die demokratische Doktrin von der Volkssouveränität oder der Volksherrschaft in einer Weise zu wörtlich, die für die freiheitlichen Staaten zerstörend werden kann. Dolf Sternberger hat kürzlich in einem, wie ich meine, sehr bemerkenswerten Vortrag »Was ist die Demokratie wirklich?« darauf hingewiesen, daß der Satz »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« schon deshalb irreführend sei, weil keinesfalls alle Staatsgewalt, nicht einmal die gesamte Wahlgewalt, beim Volke liege.¹ Schon die Wahlgewalt ist geteilt, weil das Volk nur auswählen kann, die Vorschlagsgewalt immer nur bei Teilen des Volkes, bei den politischen Eliten und den aktiven Parteimitgliedern liegt. Im Ergebnis seiner Erörterungen postuliert Sternberger, meines Erachtens zu Recht, die Wiederbelebung des Begriffs der »gemischten Verfassung«.

Ebenfalls antithetisch zum verbreiteten Demokratieverständnis möchte ich die Frage aufwerfen, inwieweit es überhaupt sinnvoll ist, von einer sich beim Volk befindenden Staatsgewalt zu sprechen. Die Schwierigkeit beginnt schon mit dem diffusen Gewaltbegriff. Im sozialen und politischen Bereich sprechen wir von Gewalt, wenn jemand einen anderen durch physische Einwirkung oder durch Drohung mit derselben zu einem bestimmten Verhalten zwingt. Das Gewaltmonopol des modernen Staates bringt zum Ausdruck, daß eben dies rechtens staatlichen Organen vorbehalten ist. Wie man auch immer die Begriffe ersetzen oder austauschen mag; ob Gewalt, Macht, Herrschaft oder Autorität – nichts von alledem ist originär beim Volk vorhanden oder haftet ihm an. Empirisch ist davon beim Volk nichts auszumachen. Ist die Annahme einer originären Herrschaftsgewalt des Volkes eine notwendige oder sinnvolle idealistische Fiktion, etwa für das Selbstverständnis des politischen Volkes? Vergrößernd könnte man realistische und idealistische Traditionsströme der Demokratietheorie unterscheiden. Die realistischen Theorien kommen ohne diese Fiktion aus – was übrigens nicht bedeutet, sie seien »ideenlos«. Ich kann mich in dieser knappen Skizze weder berufend noch kritisierend mit den Autoren der beiden Richtungen befassen. Ich kann hier lediglich die Behauptung etwas begründen, daß ich eine Überprüfung der zum Teil auch in der Wissenschaft gängigen Prämissen und

¹ Abgedruckt in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 10. 2. 1984.